

Bürgermeister
Ulrich Schuster
Rathausstr. 1
52459 Inden

Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen
Hella Rehfisch
Frenzer Driesch 48
52459 Inden
Den 18.09.2013

**Anfrage für die Sitzung des Hauptausschusses am 25.05.2013
hier: Solidaritätsbeitrag der Gemeinde an das Land NRW und
Kürzung der Kassenkredite durch die Sparkasse Düren**

Sehr geehrter Herr Schuster,

der Presse konnten wir entnehmen, dass die Gemeinde Inden ab 2014 einen Solidaritätsbeitrag für finanziell schwächere Gemeinden leisten soll. So gehört die Gemeinde Inden laut Zeitungsbericht zu den 60 Kommunen in NRW mit besonders guten Steuereinnahmen. Darum soll unsere Gemeinde mit € 4.500,- zur Kasse gebeten werden. Die Aussage, zu den finanzkräftigen Gemeinden zu gehören, widerspricht unseren Informationen aus den letzten Haushaltsplanberatungen. Schließlich haben wir aus bekannten Gründen die Steuern ab 2013 erhöhen müssen.

Hier stellen sich für uns nun einige Fragen:

- Auf welches Jahr bezieht sich die Landesregierung bei ihren Berechnungen zu dem Soli- Beitrag?
- Auch in der Vergangenheit war die Gemeindekasse nicht auf Rosen gebettet, so dass wir den Beitrag nicht nachvollziehen können. Wie errechnet das Land diesen Betrag?
- Plant die Verwaltung gerichtlich dagegen vorzugehen?

Die Sparkasse Düren hat angekündigt die Kassenkredite der Kommunen zu begrenzen.

- Wie hoch ist das Limit für die Gemeinde Inden angesetzt?
- Ergeben sich für uns daraus Schwierigkeiten?
- Wie hoch ist der Zinssatz zur Zeit und falls bekannt, ab wann wird der Zinssatz erhöht und auf welchen Satz?

Schon jetzt vielen Dank für die Bemühungen.

Freundlichen Gruß

Bündnis 90/ Die Grünen
Hella Rehfisch

Kommunal-Soli "pervers"

Inden prüft die Beteiligung an einer Sammelklage

Inden. Als Hella Rehfisch von den Bündnisgrünen in der jüngsten Sitzung des Hauptausschusses Fragen zum "Kommunal-Soli" stellte, nannte Bürgermeister Ulrich Schuster diese Idee der Landesregierung nicht nachvollziehbar und später gar "pervers". Gefragt, ob die Gemeinde klagen werde, antwortete Schuster, dass die Vorgehensweise der betroffenen Kommunen koordiniert werde. "Wir beobachten das", sei nicht ausgeschlossen, dass sich Inden an einer Sammelklage beteilige, sofern der Soli Gesetzeskraft erhalte. "Es geht uns ums Grundprinzip", das Vorgehen des Landes sei dem gemeindlichen Steuerzahler nicht vermittelbar.)ahw)